

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XXE/244

Bonn, den 22. Dezember 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	Der Stacheldraht zwischen den Deutschen	59

Besinnung und Mahnung

2 - 3	Deutschland - Polen	68
-------	---------------------	----

Bundesseminar der Jungsozialisten in Würzburg

Von Manfred Guhr

3	Schlecht unterrichtet ?	23
---	-------------------------	----

Zum Prager Echo auf die Bonner Regierungserklärung

4	Bonner Regierungswechsel in schwedischer Sicht	47
---	--	----

Von Rudolf Hübner, Stockholm

5 - 7	Die Lage in Südostasien Ende 1966	44
-------	-----------------------------------	----

Rotchina auf den Krieg vorbereitet

Beispielhafte Hilfe der Bundesrepublik in Südvietnam

Von Erwin Erasmus Koch
* * *

ZUM WEIHNACHTSFEST WÜNSCHEN WIR UNSEREN ABONNENTEN,
FREUNDEN UND MITARBEITERN ALLES GUTE.

SPD-PRESSEDIENST-GmbH

Redaktion und Verlagsleitung

Der Stacheldraht zwischen den Deutschen

Besinnung und Mahnung

sp - Im vergangenen Jahr blieb die Hoffnung vieler Deutschen unerfüllt, in einer öffentlichen Konfrontation zwischen der SPD und der kommunistischen SED den Beginn eines innerdeutschen Dialogs über die Zonengrenze hinweg zu erleben. SED-Chef Ulbricht machte diese Hoffnung zunichte. Der grauschmutzige verrinte Stacheldraht vom norddeutschen Lübeck bis Hof in Bayern ließ sich nicht durch das freie Wort durchbrechen.

- * An dieser widernatürlichen Grenze sind bis Mitte Dezember dieses Jahres wieder 13 Deutsche gestorben. Seit Errichtung der Mauer am 13. August 1961 müssen wir als Folge des Schießfehls und der Minerfelder 148 Todesopfer betrauern. 72 Deutsche starben an der Zonengrenze, 76 wurden entweder direkt an der Mauer in Berlin oder in ihrem unmittelbaren Bereich getötet.

In Salzgitter registriert seit fünf Jahren die "Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltung für sowjetzonale Gewaltakte" alle Vorkommnisse, die nach geltendem internationalem Recht Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind. In 2 819 Fällen wurde der Gebrauch von Schusswaffen gegen Flüchtlinge registriert. In 2 164 Verfahren konnten die Täter festgestellt werden. In rund 2 000 Fällen wurde der Befehlnotstand anerkannt, wobei allerdings das Verlegen von Minen an einer Grenze in Friedenszeiten nicht als "Mittel der Absicherung" anerkannt werden konnte.

In Pankow wird die quer durch Deutschland und durch die alte deutsche Hauptstadt gezogene Grenze als "Westgrenze der DDR" und als "Mittel zur Erhaltung des Friedens und des Schutzes vor westlichen Aggressoren" bezeichnet. Auch der Schießbefehl für die Grenztruppen gilt in Pankow als Mittel der Grenzbewachung, obwohl zwischen Ländern mit normalen Grenzverkehr für die Grenzbewachungsorgane kein unbedingter Schießbefehl besteht. Nur in Fällen der

Verbrechensverhütung und nach hörbarem Anrufen darf an den Grenzen zivilisierter Staaten geschossen werden.

In letzter Zeit sind die Befestigungen und Sperrgürtel an der Zonengrenze noch verstärkt worden. Daraus ist zu schließen, daß die Machthaber in Pankow die 138 km lange Demarkationslinie nicht aufzuheben gedenken und entschlossen zu sein scheinen, den von ihnen regierten Teil Deutschlands auch weiterhin hermetisch abgeschlossen zu halten.

* Wenn im freien Teil Deutschlands unter diesen Umständen der
* Wille zu jeder politisch-geistigen Konfrontation mit den Macht-
* habern in Pankow erlahmen würde, müßten wir uns selbst anklagen.
* Es bleibt Aufgabe aller die Freiheit liebenden Deutschen,
* über die widernatürliche Grenze hinweg das Gespräch zu suchen
* und die Konfrontation unserer mit den Ideen der anderen Seite
* anzustreben. Seitdem der Fluchtweg durch Stacheldraht, Minen
* und Mauer praktisch verschlossen ist und nur mit dem Risiko
* der Gefahr für Leib und Leben beschritten werden kann, würden
* die Menschen in Mitteldeutschland verzweifeln, wenn wir das Bemühen um die Kontaktaufnahme mit ihnen aufgeben würden.

Es ist möglich, daß Ulbricht mit der Resignation des Westens rechnet, um den unter seiner Herrschaft lebenden Deutschen sagen zu können, man habe sie in der Bundesrepublik aufgegeben. Die Menschen jenseits von Mauer und Stacheldraht, die nun schon seit Jahren unter einem ständigen Propagandadruck leben, könnten sich nicht gegen solche Unterstellungen Ulbrichts zur Wehr setzen.

Deshalb bleiben wir auch im kommenden Jahr aufgerufen, alles in unserer Macht Stehende zu tun, damit trotz Minengürtel, Stacheldraht und Mauer die Verbindung zu den Menschen im anderen Teil Deutschlands nicht ganz abreißt.

Deutschland - Polen

Bundesseminar der Jungsozialisten in Würzburg

Von Manfred Guhr

Drei Punkte bestimmten die Debatte bei einem Bundesseminar der Jungsozialisten, das im Haus der Gesellschaft für politische Bildung e.V. in Würzburg zum Thema "Das deutsch-polnische Verhältnis - das polnisch-deutsche Verhältnis" stattfand.

In welcher Weise, so fragten sich die Teilnehmer, die einen kühlen und leidenschaftslosen Diskussionsstil pflegten, der ganz gewiß der Sache zugute kam, kann die geschichtliche Entwicklung, können Daten und Fakten vergangener Zeit dazu benutzt werden, einen sicheren Grund für gegenwärtige Verhaltensweisen zwischen den Völkern und ihren Regierungen zu geben.

Daß dieses Problem keineswegs nur theoretische Bedeutung hat, machte der Korrespondent des polnischen Rundfunks und Fernsehens in Bonn, Henryk Kollat, deutlich, indem er darauf hinwies, daß die Deutschen unter Anführung Preußens systematisch die Teilung Polens betrieben hätten, insofern also heute verpflichtet seien, "geschichtliche Schuld" abzutragen. Nun wird niemand bestreiten wollen, daß Preußen an den polnischen Teilungen beteiligt war. Recht seltsam mutet allerdings an, daß die mitbeteiligten Teilungsmächte - nämlich Österreich und Rußland - "schuldlos" bleiben. Die einen wohl deshalb, weil sie heute keine gemeinsame Grenze mehr mit Polen haben und damit die Auseinandersetzung tatsächlich nur noch historische Bedeutung hat, die anderen ganz offensichtlich wegen ihrer politischen Bedeutung, der sich Polen verpflichtet weiß. Der Gebietzuwachs der UdSSR nach dem zweiten Weltkrieg auf Kosten Polens stellt sich deshalb als eine Gegebenheit dar, von der aus gegenwärtig in Wahrheit Politik betrieben wird, ohne daß historische Rechtfertigungsversuche unternommen wurden. Es sei denn die, daß der historische Vielvölkerstaat Polen durch diese Grenzziehung auf eine ethnisch und polnische Größenordnung zurückgeführt sei.

Genau an dieser Stelle wurde den Seminarteilnehmern deutlich, daß die Geschichte als Rechtfertigungsgrund für gegenwärtige politische Haltungen weitgehend versagt. Deshalb wird es darauf ankommen, zwischen den Völkern einen neuen Anfang zu schaffen, die Machtkonstellationen müssen genau analysiert werden, und guter Wille auf allen Seiten bleibt die Voraussetzung zur Lösung der Probleme. Bei einer solchen Ausgangslage könnten einerseits wohl begründete rechtliche Argumente in die Diskussion eingebracht werden, andererseits wäre es möglich, überzogene Machtansprüche, die zudem noch ideologisch aufgeladen sind, zurückzudrängen. So könnte man das Verhältnis Polen - Deutschland in zukunftsfruchtiger gutnachbarlicher Richtung stabilisieren.

Der gegenwärtige Grenzverlauf an Oder und Neiße kam damit automatisch ins Gespräch. Die alliierten Kriegskonferenzen bis hin zum Potsdamer Protokoll geben Anhaltspunkte dafür, daß die Anti-Hitler-Koalition bei einem Friedensvertrag mit Deutschland auf dieser Grenze reflektierte. Unabhängig von diesem Friedensvertragsproblem wird jedenfalls der Versuch abzuwehren sein, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze mit der Anerkennung der DDR zu koppeln. Wenn Polen - aus wel-

chen Gründen auch immer - auf einen Pufferstaat DDR reflektiert, dann wäre es nicht logisch, von der Bundesrepublik die Anerkennung eines Grenzverlaufs zu verlangen, mit dem sie territorial keine Berührung hat. Die Verbindung des Grenzproblems mit einer Zwei- oder Drei-Staaten-Theorie erschwert jedenfalls eine freimütige und auf annehmbare Lösung gerichtete Aussprache.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Polen würde den Interessen beider Länder entsprechen, denn damit könnten sich bessere Möglichkeiten für eine Entkrampfung ergeben. Im gegenwärtigen Zeitpunkt scheinen aber die politischen Positionen verhärtet zu sein, da sich kaum praktische Möglichkeiten abzeichnen. Es wäre so offenbar leichter möglich, mit anderen Staaten Ost-Europas in diplomatische Beziehungen zu treten, ehe dieser Schritt mit Polen erwogen wird.

Bei allen Diskussionen um das deutsch-polnische und polnisch-deutsche Verhältnis wurde deutlich, daß eine allgemeine europäische Sicherheitslösung die Basis für Entspannung sein werde. An dieser Sicherheitslösung mitzuarbeiten, ist eine der vornehmsten Aufgaben beider Völker. Ein kleiner Schritt zur Entspannung wäre auch dann getan, wenn die Jugend beider Länder in Kontakt käme, um sich kennenzulernen, denn nur wer sich kennt, kann sich verständigen.

+ + +

Schlecht unterrichtet ?

Zum Prager Echo auf die Bonner Regierungserklärung

sp - Das offizielle Prager Echo auf die Regierungserklärung der neuen Bundesregierung ist nicht gerade freundlich. Nachdem das Zentralorgan der Kommunistischen Partei der CSSR, RUBE PRAVO, zunächst versöhnliche Töne angeschlagen hatte, behauptet nunmehr der stellvertretende Außenminister Klicka, in Bonn habe sich nichts geändert. Besonders böse scheint Klicka über die Passagen in der Regierungserklärung zu sein, in denen von der Ungültigkeit des Münchner Abkommens gesprochen wird. Klicka meint, das klinge so, als ob man dieses völkerrechtswidrige Abkommen jemals für gültig gehalten habe. In Pankow herrscht über diese scharfen Töne aus Prag eitel Freude. - Wenn nicht alles täuscht, ist diese etwas verspätete harte Reaktion Prags das Ergebnis eines Machtkampfes innerhalb der Führung der tschechoslowakischen KP. Es kann aber auch sein, daß der stellvertretende Außenminister - in Gegensatz zu den Redakteuren des kommunistischen Zentralorgans - schlecht über den tatsächlichen Wortlaut der Bonner Regierungserklärung unterrichtet war und seine Stellungnahme auf der Grundlage von Berichten abgegeben hat, deren Verfasser an der Aufrechterhaltung des Spannungsverhältnisses zwischen der Bundesrepublik und CSSR interessiert sind.

Schon häufiger hat man so unterschiedliche Stellungnahmen zu ein und demselben Vorgang beobachten können. Immer hat sich nach einer gewissen Zeit herausgestellt, daß interne Richtungskämpfe in den Führungsgremien der kommunistischen Parteien die Ursache war. Deshalb sollte man in Ruhe die weitere Entwicklung abwarten.

+ + +

Bonner Regierungswechsel in schwedischer Sicht

Von Rudolf Hübner, Stockholm

Den meisten politisch wachsamem Menschen in Schweden war schon zur Zeit der letzten Bundestagswahl klar, daß die politische und wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik eine Reihe von Problemen aktualisiert hat, deren Lösung am besten von einer Regierung mit breiter parlamentarischer Basis in Angriff genommen werden sollte. Viele bedauerten damals, daß der Wahlausgang Professor Erhard einen neuen Auftrieb gegeben und die Große Koalition verhindert hatte. Die sachliche Begründung für eine solche Koalition hat sich seither nicht geändert. Der heutigen Regierung in Bonn begegnet man daher meist mit Verständnis. Weniger Verständnis hatte man in Schweden für das Tauziehen in der CDU-CSU vor den Koalitionsverhandlungen. Die sozialdemokratischen Minister werden durchaus positiv beurteilt; man glaubt, daß die SPD bei der Verteilung der Ministersitze gut abgeschnitten hat.

Man weiß, daß die neuen Signale in der Außenpolitik vor allem dem sozialdemokratischen Regierungseinfluß zu verdanken sind. Der ausdrückliche Verzicht auf den Besitz von Atomwaffen, die verstärkte Kontaktbereitschaft gegenüber dem Osten, Willy Brandts erfolgreicher Kontakt mit de Gaulle und die nunmehr offiziell erfolgte Abschreibung des Münchner Abkommens wurden begrüßt. Dagegen wird die Bonner Einstellung zu Pankow und zur Oder-Neiße-Linie von vielen Schweden abgelehnt, u.a. von der größten schwedischen Morgenzeitung, der liberalen "Dagens Nyheter". Die offizielle schwedische Außenpolitik hat aber seit je die Bundesrepublik als alleinigen deutschen Kontaktpartner betrachtet und Pankow die Anerkennung versagt.

Die von Kiesinger avisierte Wahlreform wird eher negativ beurteilt. In Schweden wird seit Jahren eine Verfassungsreform diskutiert, wobei alle Parteien am Prinzip des proportionellen Wahlsystems - mit Sperrklauseln gegen eine allzuweitgehende Parteien-splitterung - festhalten.

Der Stimmenzuwachs der NPD hat in Schweden große Besorgnis erregt. Man vergleicht ihn mit den Anfangserfolgen des Nationalsozialismus, der in den 1920er Jahren ebenso verschwommene Ansichten äußerte wie heute die NPD, und man befürchtet weitere Auftriebe, falls wirtschaftliche Rückschläge kommen sollten. Es sitzen nach Ansicht vieler Schweden allzu viele alte Nazis, die jetzt noch politisch leisetreten, in maßgebenden Wirtschaftsstellungen.

Nicht nur aus politischen Gründen, sondern natürlich auch wegen der intensiven Wirtschaftsbeziehungen mit der Bundesrepublik interessiert sich Schweden sehr für die Maßnahmen, welche Wirtschaftsminister Professor Schiller ergreifen wird, um das Wirtschaftsklima wieder zu verbessern. Die schwedische Wirtschaft arbeitet intensiv an der Überwindung der hohen Zollschranken und man hat deshalb mit besonderem Interesse Willy Brandts Vereicherungen notiert, daß auch die neue Koalitionsregierung für die Aufnahme der EFTA-Länder in die EWG eintreten wird.

Die Lage in Südostasien Ende 1966

Rotchina auf den Krieg vorbereitet

Beispielhafte Hilfe der Bundesrepublik in Südvietnam

Von Erwin Erasmus Koch

- * Rotchina glaubt sich eingekreist. Es ist auf den Krieg vor-
- * bereit. So versichert es die Oligarchie in Peking. Dean *
- * Rusk gab vor der NATO einen Überblick in bezug auf die La- *
- * ge in Südostasien. Dabei ließen sich - und so bleibt es - *
- * die rotchinesischen Widersprüche nur schwer deuten. Unter- *
- * dessen wird ein Novum bekannt: Lin Piao hat eine wissen- *
- * schaftlich-technische Kommission für die Landesverteidigung *
- * mit Atom- und Raketenwaffen eingesetzt. Oberbefehlshaber *
- * der Atom- und Raketenwaffen ist offenbar Kieh Jung-chen, *
- * Marschall vor der Abschaffung der Ränge. Der nachfolgende *
- * Bericht setzt sich mit der Lage in Südostasien Ende 1966 *
- * auseinander.

Dean Rusk hat vor der NATO in Paris im Verlauf der Erörterung der Lage in Vietnam, der vermutlichen Haltung Rotchinas und der Sowjetunion den Wunsch Johnsons ausgesprochen, daß der Regierung in Südvietnam seitens der Alliierten der Atlantischen Verteidigungsorganisation mehr Hilfe als bisher zuteil werde. Ein maßgebender Diplomat der USA bestätigt auf Bonn bezogen, was in diesem Sinne für die NATO im allgemeinen gilt: Die verstärkte Hilfe soll weiterhin humanitärer Art sein. Vor allem muß das Befriedungsprogramm zur Sicherung des sozialen Aufbaus in der Abwehr der Ausbreitung des Kommunismus erfüllt werden.

Die Bundesregierung hat bereits mit der Einrichtung eines technischen Erziehungszentrums beispielhaft gewirkt. Dieses "pilot center", 100 und einige Meilen von Saigon entfernt, in der Provinz Thu-Duc gelegen, im Kostenaufwand von 7,3 Millionen DM, dient der Ausbildung von 1.000 jungen Vietnamesen. Überdies befindet sich ein großes Flüchtlingslager für 300 Familien nahe bei Saigon im Bau. Es ist aus vietnamesischer Initiative entstanden, 100 und mehr Häuser sind bereits fertiggestellt. Bonn lieferte dazu eine Krankenstation, es läßt eine Schule bauen und hilft bei den für ganz Vietnam vorbildlichen Wohnungsbauten.

Die Bundesregierung wird indes ihre Hilfe nicht auf Saigon konzentrieren. Sie hat neue Schwerpunkte für die Einleitung der Befriedung getildet, so vor allem in Zentralvietnam, bei Danang und Hué, und auf die Provinzen ausgedehnt. Diese Hilfe gilt der Flüchtlingsbetreuung und dem Gesundheitsdienst. Beispielhaft wirken 25 Angehörige des Malteser-Hilfswerks, ein Team von Ärzten, Apothekern, Krankenschwestern und Handwerkern. Es hat sich derart bewährt, daß schon Anfang 1967 ein weiteres Team der ersten "Hilfsmannschaft" folgen soll. In die humanitäre Hilfe gehört weiter die vorgesehene Lieferung von 100 Autobussen und vor allem der Bau einer Wartungswerkstatt. Erst wenn sie steht, können die Busse eingesetzt werden. Der amerikanische Diplomat bezeichnet diese deutsche Hilfe insgesamt bereits als vorbildlich für das Werk der NATO-Verbündeten. "Es geht

den USA jedoch keineswegs um militärischen Beistand, den die Verbündeten unmittelbar für Südvietnam leisten sollten. Davon ist nicht die Rede."

Die militärische Lage in Südvietnam

Zur militärischen Lage in Südvietnam hat Dean Rusk darauf hingewiesen, daß Ende 1965 bereits 85 000 amerikanische Soldaten auf dem Kriegsschauplatz standen. "Ihre Zahl ist Ende 1966 um mehr als 100 Prozent gestiegen." Nahezu 400 000 GI's seien nunmehr zum Einsatz in allen Teilen des Engagements bereit. Es gebe bisher keine Anzeichen dafür, daß Hanoi in Friedensverhandlungen oder auch nur in "Kontakt-Gespräche" mit amerikanischen Bevollmächtigten eintreten würde. Grundsätzlich seien die USA zur Verlängerung der Waffenruhe bereit. Voraussetzung bleibe es aber, daß die Beauftragten Nordvietnams und der USA selbst darüber verhandelten. "Die Vereinigten Staaten werden in Südvietnam ihre neue Taktik zur Geltung bringen: Die den Vietkong oder den regulären nordvietnamesischen Truppen entrissenen Territorien werden nicht mehr, wenn auch nur für Zeit, den Kommunisten preisgegeben. Die Durchführung des Befriedigungsprogramms verlangt es, daß diese Gebiete gehalten und ständig vergrößert werden."

Dazu eine Erläuterung von militärischer Seite: "Alle für den künftigen Einsatz in Indochina vorgesehenen amerikanischen Soldaten werden die für den Guerilla-Krieg notwendige Einzelkämpfer-Ausbildung erhalten. Dafür wird ein Camp ausgebaut. Es wird im Süden Vietnams 50 000 bis 60 000 Soldaten jeweils aufnehmen. Die Luftkavallerie, gegenwärtig 16 000 Mann stark mit 400 Hubschraubern, dürfte verstärkt werden. Der Einsatz hat bereits eine neue Ära in der Landkriegsführung eingeleitet. Sotchina wird erfahren, daß Mao Tse-tungs Strategie des revolutionären Kriegs, die Guerilla-Taktik, zum Scheitern verurteilt ist. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß im Laufe der nächsten Jahre, sollte sich Hanoi nicht zum Verhandlungsfrieden bereit finden, 750 000 amerikanische Soldaten in Vietnam kämpfen werden."

Rotchinas Haltung

In diesem Zusammenhang weisen diplomatische Quellen über die Botschaften westlicher Mächte in Peking und in Moskau auf die Haltung Rotchinas hin. Maßgebende Vertreter der Regierung Pekings seien davon überzeugt, daß "über kurz oder lang" der Krieg Chinas gegen die USA unvermeidbar würde. Die Mobilisierung der "Garden zur roten Verteidigung", erst eine Verfälschung von westlicher Seite habe daraus die "Rote Garde" gemacht, bekunde die Vorbereitung auf den Krieg. Diese Vorbereitung gelte zwei Fronten: die eine am Amur und entlang der zentralasiatischen Grenze der UdSSR mit China bis zum Nordwesten, nach Sinkiang und die andere im Süden, Südosten und Osten. Chen Yi, der Außenminister des Peking-Regimes, habe es vor kurzem erst eindeutig klargestellt: "Die Sowjetunion und die USA haben sich zur Beherrschung der Welt bereits zusammengeschlossen. China ist eingeschlossen. Stützpunkte der USA auf Japan, in Südkorea, auf Taiwan (Formosa), Thailand, auf den Philippinen und in Indonesien bilden Teile dieses Rings."

Im gleichen Sinne kennzeichnete Dean Rusk die Haltung Rotchinas in bezug auf einen erwarteten sowjetischen Angriff, der den Nordosten

treffen soll, die Mandschurei, und zwar aus den russischen Aufmarschbasen in der Mongolischen Volksrepublik, wo allein sechs Divisionen und Bombergeschwader zusammengezogen sind, und aus der Seeprovinzen. Die andere russische Stoßrichtung weist von Sowjet-Turkestan her auf Sinkiang und Tibet. 40 bis 50 sowjetische Divisionen sind gegen Fernost, gegen China also, aufmarschiert. Der Kriegshafen Wladiwostok nimmt ständig mehr Flotteneinheiten in seiner Reede auf. Von Wladiwostok und Dairen her und von anderen Stützpunkten der Seeprovinzen und der Kamtschatka aus operieren zumindest 200 sowjetische U-Boote, zum erheblichen Teil mit Raketen bestückt. Entlang der gesamten 6 000 km langen Grenze richtet sich die sowjetische Raketenwaffe auf lebenswichtige Ziele in Sinkiang, in der Mongolei, in Zentralchina und weiter auf Peking und Sientsein. Die mandschurische Rüstungsschmiede ist in beiden Flanken von den Seeprovinzen (Primorsky) und der Mongolischen Volksrepublik eingeschlossen.

In dieser Situation des Peking-Regimes müßte es eigentlich als unverstänlich bezeichnet werden, daß rotchinesische Truppen Ende September im Himalaya in das Territorium des Maharadschas von Bhuten eingedrungen sind. Peking erklärte dazu, daß diese "Grenzbesichtigung" China und Bhutan allein etwas angehe und sonst niemanden. Ähnliche Verletzungen der Staatshoheit kommen fortgesetzt im Territorium des Maharadschas von Sikkim vor.

In Nordost-Thailand läßt Peking wiederum seine in Süchina ausgebildeten nordvietnamesischen und laotischen Guerillas kämpfen. 30 000 im Nordosten am Mekong nach einer "Rückführung" durch das nordvietnamesische Rote Kreuz angesiedelte Nordvietnamesen sind die kommunistische Fünfte Kolonne. Aus ihr rekrutiert sich der Nachschub der Guerillas.

Gemäß der Forderung Mao Tse-tungs, daß sich überall in Asien, also auch in Sowjet-Asien, "Volksbefreiungskriege" ausbreiten müßten, sucht Lin Biao für Vietnam, wo es immer möglich ist, Entlastungsfronten.

Die sowjetische Hilfe für Nordvietnam

Dean Rusk wiederholte sinngemäß: Rotchina ist auf Jahre hinaus nicht in der Lage, einen Angriffskrieg zu führen. Es läßt es bei Guerilla-Kriegen sein Bewenden haben. Selbst in Nordvietnam kann es die so oft versprochene wirkungsvolle Hilfeleistung nicht vollbringen. Gewiß, Rotchina liefert Handfeuerwaffen und hat 40 000 bis 50 000 Mann über einzelne nordvietnamesische Provinzen verteilt stehen. Die einzige wirkungsvolle militärische Unterstützung kommt aus der Sowjetunion. Bisher haben die Sowjets ungefähr 50 SAJ-2 - Raketenabschußbasen eingerichtet. Annähernd 7 000 konventionelle sowjetische Fla-Batterien und die ständige Vergrößerung des Radarschirmes lassen dem Hanoi-Regime keinen Zweifel daran, daß ohne die Waffenlieferungen der Sowjetunion, vor allem auch nicht ohne die bisher in Nordvietnam stationierten 70 MIG-Kampfflugzeuge die Niederlage bereits klar geworden wäre. Klar ist es indes Hanoi auf jeden Fall auch, daß der Krieg in Südvietnam nicht mehr gewonnen werden kann. Die sowjetische Regierung hat daran ebenfalls keinen Zweifel. Wäre nicht Peking der Störenfried, würden wahrscheinlich Friedensverhandlungen schon eingeleitet worden sein. Rotchinas Oligarchie glaubt jedoch, sie könne im Zeitgewinn ihre nukleare und Raketenrüstung vervollkommen und schließlich selbst dem Volk von Vietnam ihren Willen aufzwingen. Diese Rechnung geht nicht auf.